

Wasserkraft unter Reformdruck

20. Juni 2015

Mit der erneuerbaren Ressource Wasser wird in der Schweiz über die Hälfte des Stroms erzeugt. Um die derzeit ungenügende Rentabilität der Kraftwerke zu verbessern, sind Subventionen der falsche Weg. Die Wurzel des Übels sind administrierte Wasserzinsen und eine Verpolitisierung der Energiebranche. Von Giorgio V. Müller

In der Stromerzeugung ist die Schweiz von topografischen und hydrologischen Vorteilen begünstigt. Regelmässige Niederschläge, Gletscherwasser und das grosse Gefälle prädestinieren das Alpenland für die Nutzung der Wasserkraft. Die mehr als 600 Laufkraftwerke und Speicheranlagen produzierten im vergangenen Jahr gut 56 Prozent der landesweit erzeugten Elektrizität – zuverlässig, Tag und Nacht, im Sommer wie im Winter, bei jedem Wetter, und das noch ohne Ausstoss des Klimagases CO₂. Ihre Blüte erlebte die Wasserkraft nach dem Zweiten Weltkrieg, ihren Zenit vor 45 Jahren, als fast 90 Prozent der einheimischen Stromproduktion aus mit Wasserkraft betriebenen Turbinen stammten. Erst mit dem Bau der Kernkraftwerke sank ihre Bedeutung. In der «Energiestrategie 2050» des Bundesrates nimmt die Wasserkraft wieder einen prominenteren Platz ein. Mit Investitionsbeiträgen und anderen Massnahmen werden Anreize für Erneuerungen und Neubauten geschaffen, denn diese Technik ist und bleibt systemrelevant. Semantisch geschickt verpackte Subventionen werden mit dem Hinweis auf gleich lange Spiesse wie für die Photovoltaik und die Windenergie gerechtfertigt. Letztere geniessen in der Schweiz eine starke, wenn auch nicht gar so grosszügige Förderung wie in anderen europäischen Ländern. Bei der Einspeisung ins Stromnetz werden die Neuen bevorzugt behandelt, und sie dürfen unabhängig vom Marktpreis zu fixen Tarifen liefern. Aus klimatechnischer Sicht sind sich Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft indes ebenbürtig. Sie bilden alle das Gerüst eines dekarbonisierten Energiesystems.

Mehr als nur ein «ordnungspolitisches Dilemma»

Mit der zunehmenden Förderung der neuen erneuerbaren Energie hat sich jedoch die Rentabilität der alten erneuerbaren Energien wie der Wasserkraft verschlechtert. Die wegen der europaweiten Stromschwemme sehr billigen Grosshandelspreise liegen bei vielen Wasserkraftanlagen mittlerweile unter deren Gestehungskosten. Weil das Angebot gross bleibt, dürften die Strompreise noch länger auf tiefem Niveau verharren. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Branche bzw. deren Eigentümer (in der Regel die öffentliche Hand) sich jahrzehntelang eine goldene Nase verdient haben. Nun erfolgt der Ruf nach Investitionssicherheit, finanzieller Unterstützung und faktischer Preisgarantie für die Wasser-

kraft. Andere Wirtschaftssektoren, die sich täglich mit ungewissen Projekten und flatterhaften Märkten herumschlagen müssen, haben dafür zu Recht wenig Verständnis. Doch die Betreiber der Wasserkraftwerke jammern fast so laut wie die Bauern und haben in Bern eine ähnlich starke Lobby. Daher ist zu befürchten, dass ihre Forderungen nach «Investitionsbeihilfen» erfolgreich sein werden. Die Hunderte von Millionen Franken, welche die Steuerzahler aufbringen müssen, sind jedoch nur ein fragwürdiger Versuch, mit einem weiteren verzerrenden Zuschuss die durch marktfremde Subventionen ausgelösten Preisverzerrungen im Energiemarkt zu korrigieren. Caspar Baader, Präsident des schweizerischen Wasserwirtschaftsverbands, spricht von einem «ordnungspolitischen Dilemma», eine beschönigende Umschreibung für einen weiteren Meilenstein auf dem Weg in die Subventionshölle.

Die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Wasserkraft wird durch zusätzliche Fördermittel kaum gestärkt. Diese verschleiern nur die Tatsache, dass die Wasserkraft schon lange durch sehr hohe öffentliche Abgaben benachteiligt wird. Die sogenannten Wasserzinsen, mit denen die über die Gewässerhoheit verfügenden Gemeinden für die Nutzung des öffentlichen Guts Wasser entschädigt werden müssen, machen mittlerweile rund die Hälfte der Gestehungskosten aus. Allein in den vergangenen 20 Jahren haben sie sich verdoppelt, ab diesem Jahr können sie um weitere 10 Prozent erhöht werden. Weil zwei Drittel der Wasserkraftnutzung in den Bergkantonen erfolgt, ist der Wasserzins für diese Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle. Dass sich jüngst das Berner Kantonsparlament gegen seine Regierung knapp durchgesetzt und auf eine Erhöhung dieser Abgabe verzichtet hat, ist bemerkenswert. Weil mit Wasserzinsen eine Ressourcenrendite abgegolten wird, müssten sie statt eines fixen Betrags, der sich an der Bruttoleistung eines Werks anlehnt, ein flexibles Entgelt sein, das sich am ökonomischen Ertrag der Anlage bemisst. Sind die Strompreise hoch, können es auch die Wasserzinsen sein und umgekehrt. Doch der seit Jahren geforderte Wechsel zu mehr Markt verhält in der verpolitisierten Branche ungehört.

Stattdessen verlangt nun auch der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) Unterstützung. Die Mittel sollen aus dem immer grosszügiger gefüllten Topf der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) kommen und auch für neue Pumpspeicherkraftwerke gelten. Derzeit richten die beiden grossen Schweizer Energiekonzerne in den

Kantonen Glarus und Wallis mit Linth-Limmern (Axpo) und Nant de Drance (Alpiq) riesige Anlagen, die zu einer Verdopplung der landesweiten Speicherkapazität führen werden. Die Meisterwerke technischer Kunst sind nicht nur zeitlich, sondern auch finanziell im Budget, was für den Kraftwerksbau nicht immer der Fall ist. Ende Jahr geht Linth-Limmern, rund drei Jahre später das nur unwesentlich kleinere Werk im Wallis ans Netz. Vorerst werden sie für die Betreiber eine finanzielle Belastung sein.

Nicht die Batterie Europas

Trotz Milliardeninvestitionen und den in der «Energiestrategie 2050» budgetierten neuen Pumpspeichern bleiben die Schweizer Speicherseen zu klein, um als Strombatterie Europas zu dienen, welche die fluktuierende Erzeugung aus Sonne und Wind ausgleicht. Laut Experten können Schweizer Pumpspeicherkraftwerke lediglich 5 Prozent des erwarteten Stromüberschusses in Europa aufnehmen. Stromimporte für den direkten einheimischen Bedarf seien besser geeignet, sagen sie. Das wäre auch energetisch geschickter, denn beim Hochpumpen des Wassers geht Energie verloren. Ökonomisch ist das zwar sinnvoll, aber nur dann, wenn bei der Turbinierung entsprechend höhere Preise erzielbar sind. Für die Versorgungssicherheit der Schweiz braucht es keine zusätzlichen Wasserkraftwerke, vor allem mit Blick auf das steigende Produktionsangebot in Europa. Vielmehr müssen die Transportkapazitäten an den Grenzen ausgebaut werden, um die grösseren Ein- und Ausfuhren zu bewältigen. Im vernetzten Stromsystem bemisst sich die Versorgungssicherheit eines Landes nicht an einer möglichst hohen Eigenproduktion. Je engermaschiger das Netz, desto stabiler und sicherer ist es.

Was wäre ein sinnvolles Vorgehen? Primär sollte gegen die Einführung von weiteren Subventionen und Abgaben opponiert und das System der Wasserzinsen reformiert werden. In der Vergangenheit waren den Aktionären der Stromfirmen die schönen Dividenden und künstlich tief gehaltene Stromtarife auch willkommen. Auf strukturelle Verbesserungen zu hoffen, wäre verwegen, zu verfilzt sind die Akteure, die je nach Situation einen anderen Hut tragen. Wenn etwas gefördert werden müsste, wären es die Marktkräfte, die es in dieser Branche schon immer besonders schwer hatten.